



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

|                         |   |
|-------------------------|---|
| <b>Amtsperiode</b>      | 2010/2013   |
| <b>8. Sitzung</b>       | Donnerstag, 27. Oktober 2011<br>19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum                  |
| <b>Vorsitz</b>          | Patrick Hehli, Präsident  |
| <b>Protokoll</b>        | Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.   |
| <b>Stimmzähler</b>      | Sabina Gadiant<br>Ursula Spinnler   |
| <b>Anwesend</b>         | 38 Mitglieder des Einwohnerrates<br>5 Mitglieder des Gemeinderates<br>Gemeindeschreiber |
| <b>Entschuldigt</b>     | Dikk Lisa<br>Hunziker Denise  |
| <b>Ende der Sitzung</b> | 22.10 Uhr   |

| <b>Behandelte Geschäfte</b> |   | <b>Seite</b> |
|-----------------------------|---|--------------|
| 1                           | 2011/29 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll   | 136          |
| 2                           | 2011/37 Inpflichtnahme von Schärer Petra, Grüne   | 137          |
| 3                           | 2011/30 Einbürgerungen  | 137          |
| 4                           | 2011/31 Finanz- und Investitionsplan 2012-2016  | 139          |
| 5                           | 2011/32 Voranschlag 2012  | 142          |
| 6                           | 2011/33 Auflösung des Verkehrsverbandes Aargau Ost (VAO)  | 151          |
| 7                           | 2011/34 Motion Grüne vom 1. September 2011 betreffend Wiedereinführung des Energiestadt-Labels              | 151          |
| 8                           | 2011/35 Anfrage von Christian Keller zur Haltung des Gemeinderates zu einem Atommüll-Endlager in der Region | 152          |
| 9                           | 2011/36 Umfrage   | 152          |

**Patrick Hehli, Präsident:** Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Ebenfalls begrüssen möchte ich die Vertreter der Presse.

Die Traktandenliste haben Sie zusammen mit den Unterlagen erhalten.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Lisa Dikk und Denise Hunziker. Christian Bossard wird verspätet eintreffen.

Es sind somit 36 vereidigte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

## **1 2011.29 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll**

**Patrick Hehli:** Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 10. Oktober 2011 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 1. September 2011 in Rechtskraft erwachsen: Erwerb der Liegenschaft Kirchweg 70 (Goldiland), Planungskredit Ausbau Kirchweg 70/Tagesstrukturen, Ersatz Folie Schwimmbaden Gartenbad/Kreditvorlage und Beschlussfassung Weiterführung Vollamt Gemeindeammann ab neuer Amtsperiode.

Zu den **Mitteilungen:** Wie Sie in den Unterlagen auf den Tischen entnehmen können, findet am 26. November 2011 eine Orientierung für alle Einwohnerräte zu folgenden Themen statt: Mehrhaldenstrasse Ost und Besichtigung der Schwimmbadwohnung. Beides betreffen Einwohnerratsgeschäfte der Sitzung vom 8. Dezember 2011.

An der Dezembersitzung werden voraussichtlich folgende Themen behandelt: Sanierung Schwimmbadwohnung, Ausbau Mehrhaldenstrasse Ost, Wahlen 2. Hälfte der Amtsperiode 2010/13 und die Sitzungstermine 2012.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Letzte Woche hat eine Sitzung mit der Abteilung Baubewilligungen des Kantons betreffend Goldiland stattgefunden. Wir haben dort das Problem, dass das Raumplanungsgesetz Einschränkungen betreffend der Nutzungsänderung zum Aus- oder Neubau der Tagesstrukturen macht, besprochen. Die Liegenschaft befindet sich immer noch in der Landwirtschaftszone. Die Situation wird an der ersten Baukommissionssitzung analysiert. Falls alle Stricke reissen ist zu überlegen, ob für die Liegenschaft und die gemeindeeigenen Parzellen das Einzonungsverfahren in die ÖBA-Zone vorgezogen werden muss. Falls wir auch damit zuviel Zeit verlieren, müssen provisorische Lösungen geprüft werden.

**Hansruedi Hess, Vizeammann:** In der Feuerwehrkommission wurde über die ersten Erfahrungen mit der First Respondergruppe diskutiert. Sie ist seit 100 Tagen an der Arbeit und hatte bereits 15 Einsätze. Die Öffentlichkeit wurde bereits über den Ablauf eines Einsatzes informiert. Wenn die Ambulanz betreffend Brustschmerzen, Herzbeschwerden oder Atemnot aufgeboten wird, wird automatisch die First Respondergruppe alarmiert. Drei bis vier Personen rücken aus und waren bei den bisherigen 15 Einsätzen jeweils innert vier Minuten am Einsatzort und konnten die ersten Massnahmen einleiten. Die Einsatzgruppe wurde für solche Einsätze zusätzlich ausgebildet und ist somit in der Lage Erste Hilfe zu leisten. Die Einsatzgruppe ist im Durchschnitt acht Minuten eher am Einsatzort als die Ambulanz. Der Dienst wird von den betroffenen Personen sehr gut aufgenommen. Bei der Mehrheit der in Not geratenen Personen konnte geholfen werden, für Einzelne war leider jede Hilfe zu spät. Die Rückmeldungen der Ambulanzbesatzungen sind durchwegs positiv. Bei den ersten Einsätzen war noch eine gewisse Zurückhaltung zu spüren, die sich aber sehr schnell gelegt hat. Sie sind froh um jede Hand, die bei einem Notfalleinsatz mithelfen kann. Es ist nicht so, dass dadurch der übrige Feuerwehrdienst benachteiligt oder vernachlässigt wird, wie eine umfassende Inspektion durch das Ver-

sicherungsamt gezeigt hat. Bei einem Alarmeinsatz Ende August beim Eichmatthof, konnte festgestellt werden, dass die Feuerwehr sehr schnell und einsatzbereit vor Ort war. Das erste Fahrzeug verliess nach viereinhalb Minuten das Feuerwehrmagazin.

**Patrick Hehli:** Zu den **Eingängen:** Auf jedem Tisch liegen zwei Neueingänge. Postulat der CVP betreffend Schulstandort Kirchdorf und ein Postulat der FDP betreffend Einflussnahme der Streckenführung des neuen Baldeggtunnels. Die beiden Postulate werden in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll der Sitzung vom 1. September 2011 wurde rechtzeitig verschickt. Innert der Frist von 10 Tagen sind beim Büro drei schriftliche Änderungen eingegangen. Im Protokoll auf Seite 122 steht beim Votum von Max Läng: Der Vorlage wurde zugestimmt. Dort fehlt das Wort nicht. Richtig heisst dieser Satz, "der Vorlage wurde **nicht** zugestimmt." Zweiter Änderungsantrag betrifft das Geschäft 2011/23 ebenfalls auf der Seite 122 beim Votum von Max Läng: Was aus dem Architektenbericht in der Vorlage ersichtlich ist. Richtig sollte es heissen, "was aus der **Machbarkeitsstudie in der Aktenaufgabe** ersichtlich ist." Die dritte Änderung betrifft die Seite 126, Votum von Peter Marten: Die Vorteile des Vollamtes sehen wir auf die Beeinflussung der Verwaltung, Verneinung von Interessenkonflikten. Die richtige Version wäre, "die Vorteile des Vollamtes sehen wir auf die Beeinflussung der Verwaltung, **Vermeidung** von Interessenkonflikten."

Das Protokoll vom 1. September 2011 gilt gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

## **2      2011.37      Inpflichtnahme von Schärer Petra, Grüne**

**Patrick Hehli:** Frau Petra Schärer wird die Nachfolge für die zurückgetretene Eva Eliassen Vecko im Einwohnerrat antreten.

Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Art. 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

**Petra Schärer:** Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu Handeln.

**Patrick Hehli:** Somit sind zurzeit 37 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

## **3      2011.30      Einbürgerungen**

**Patrick Hehli:** Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

---

**Reto Hehli:** Der Bericht über die Einbürgerungen an den Einwohnerrat sollte ausführlicher sein, da der Bericht der Einbürgerungskommission nicht mehr mit den Akten aufgelegt wird. Es sollte aufgezeigt werden, ob jemand bereits schon einmal einen Einbürgerungsantrag gestellt hat oder ob mehrere Befragungen notwendig waren. Vielleicht sollte der Bericht des Gremiums auch die Anzahl Kandidaten ausweisen, welche schon einmal einen Einbürgerungsantrag gestellt haben. Mit mehr Informationen hat der Einwohnerrat auch eine bessere Entscheidungsgrundlage und ich denke das ist im Sinne aller Entscheidungsträger.

**Dieter Martin:** stellt im Namen der FDP-Fraktion den

## **Antrag,**

**es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.**

---

**Patrick Hehli:** Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit 10 Stimmen nötig.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss. Der Vorsitzende ermittelt in Globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung. Es entscheiden sich deutlich mehr als 10 Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

---

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

## **4      2011.31      Finanz- und Investitionspläne 2012-2016**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Patrick Hehli:** Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Bericht zur Kenntnisnahme des Einwohnerrates. Es wird also nicht darüber abgestimmt. Zu diesem Traktandum nimmt der Leiter Abteilung Finanzen, Bernhard Wehrli, im Rat Einsitz.

**Linus Egger, Präsident Finanzkommission:** Sie haben die Finanzpläne der Einwohnergemeinde, Wasser und Abwasser erhalten.

Linus Egger erklärt anhand einiger Folien den Finanzplan.

Die Ertragsseite ist nach den kantonalen Richtlinien und den Steuereinnahmen berechnet worden. Der Steuerfuss wurde für die nächsten Jahre bei 98% belassen.

Der Sachaufwand ist rund 1.5 Millionen höher als im letzten Voranschlag. Grund dafür sind Reparaturen oder Erneuerungen von rund einer Million Franken, die immer wieder zurückgestellt wurden. Diese Reparaturen und Erneuerungen sind jetzt wieder im Finanz- und Investitionsplan enthalten. Der Finanzkommission ist aufgefallen, dass der Wert inkl. der einmaligen Kosten im Jahre 2012 mit den Zuwachsraten für die folgenden Jahre aufgerechnet wurde. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass die ausserordentlichen oder einmaligen Kosten im Jahre 2012 zuerst herausgerechnet werden müssen und danach mit dem Wert der Zuwachsraten für die nachfolgenden Jahre berechnet werden. Beim Sachaufwand wurde eher pessimistisch gerechnet.

Die ausgehenden Beiträge werden im Budget noch genauer angeschaut. Dies beinhaltet vor allem die Saläre der Lehrer, das Kantonsspital und die Pflegefinanzierung. Diese sind massiv gestiegen, alleine der Unterschied beim Kantonsspital vom letzten zu diesem Budget ergeben rund 1 Million Mehrausgaben. Bereits im 2010 wurde mitgeteilt, dass die Gemeinde für die Pflegefinanzierung im Budget 2011 615'000 Franken eintragen soll. Die neuste Mitteilung des Kantons lautet, dass die Gemeinden auch im Budget 2012 den gleichen Betrag wieder auf-

nehmen sollen. Gemäss Entscheid des Grossen Rates, müssten die Patienten 20% selber bezahlen, die Auswirkungen, wer dafür weniger zahlen muss, kann der Kanton aber noch nicht beantworten.

Die verzinslichen Schulden steigen von jetzt 20 Millionen auf rund 30 Millionen. Die Nettoschulden steigen von jetzt 13 Millionen auf rund 24 Millionen.

Die Finanzkommission stört sich daran, dass das Schulhaus Kirchdorf einfach aus dem Finanz- und Investitionsplan gestrichen wurde. Es war im letzten Jahr noch mit einem Betrag von 4 Millionen enthalten. Die Begründung, dass es noch weitere Unterlagen brauche und daher der Betrag gestrichen werde, kann nicht akzeptiert werden. Die Finanzkommission ist ebenfalls der Meinung, dass zuerst noch Unterlagen erschaffen werden müssen, aber dadurch muss man nicht gleich den Betrag aus dem Finanz- und Investitionsplan streichen. So wie es momentan dargelegt wird, signalisiert der Gemeinderat ganz klar, ein Nein zum Schulstandort Kirchdorf, auch wenn man es in der Presse anders lesen konnte. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass man auch sehen muss, welche Ausgaben später noch kommen werden und aus diesem Grund gehört das Schulhaus Kirchdorf wieder in den Finanz- und Investitionsplan. Sollte der Gemeinderat nicht mehr zum Schulhaus Kirchdorf stehen, so soll er dies auch entsprechend signalisieren.

Investitionsplan Wasser: Durch die geplanten Investitionen steigt die Verschuldung in den nächsten Jahren an, danach wird sie wieder sinken. Zu diesem Zeitpunkt können dann auch die Gebühren von 2 Franken/m<sup>3</sup> neu diskutiert werden.

Investitionsplan Abwasser: Auch beim Abwasser steigen die Schulden infolge Investitionen massiv an. Sollten alle Investitionen getätigt werden, müssen die Gebühren auf das Jahr 2012 erhöht werden. Der Gemeinderat beantragt eine Verdoppelung der Gebühren von 0.80 Franken/m<sup>3</sup> auf 1.60 Franken/m<sup>3</sup>. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass die Erhöhung anstatt 1.60 Franken/m<sup>3</sup> direkt 1.80 Franken/m<sup>3</sup> betragen soll. Im Investitionsplan bis 2025 ist ersichtlich, dass wenn alle Investitionen umgesetzt werden, eine Schuld von 2.9 Millionen besteht. Wenn 1.80 Franken/m<sup>3</sup> eingesetzt wird, könnten rund eine Million mehr Gebühren eingenommen werden und die Schulden würden unter 2 Millionen sinken. Der Einwohnerrat kann heute Abend bestimmen, welchen Betrag er gutheissen will. Die Finanzkommission wird einen Antrag stellen, die Gebühren direkt auf 1.80 Franken/m<sup>3</sup> zu erhöhen.

**Patrick Hehli:** Christian Bossard ist soeben eingetroffen. Somit wären 38 vereidigte Einwohner-räte anwesend, das absolute Mehr beträgt 20.

**Eugen Franz:** Die SVP-Fraktion hat die Finanz- und Investitionspläne besprochen. Es ist der SVP bewusst, dass es sich nur um ein Planungsinstrument handelt, welches laufend angepasst wird. Trotzdem können wir dies nicht einfach so zur Kenntnis nehmen. Unter dem Stichwort Standortqualität welches der Gemeinderat immer wieder vorbringt, dürfte der Posten für die Sanierung oder den Neubau des Schulhauses Kirchdorf nicht ersatzlos gestrichen werden. Wie aus der Studie zu entnehmen ist, lässt diese gar keine genauen Schlüsse bezüglich der Bevölkerungsentwicklung in Kirchdorf zu. Es gibt noch zu viele Unklarheiten, daher erstaunt es die SVP um so mehr, wieso der Gemeinderat die geplanten Investitionen aus dem Finanz- und Investitionsplan gestrichen hat. Mit diesem Vorgehen kann man auch die finanzielle Zukunft der Gemeinde schön schreiben. Dies ist der springende Punkt und nicht die zurückgehenden Schülerzahlen in Kirchdorf. Wir erachten es auch als falsch, dass auf Kosten der Kinder aus Kirchdorf gespart wird, denn genau dies macht der Gemeinderat. Mit dem Geschenk an das Alterswohncentrum, dem Kauf der Liegenschaft Goldiland und der Einführung von Tagesstrukturen erhöhen wir die Schulden und schaffen neue wiederkehrende Ausgaben, welche den Finanzhaushalt der Gemeinde belasten. Die freien Mittel werden in Zukunft noch enger und es wird noch schwieriger, neue Investitionen zu tätigen. Wir erachten es auch als äusserst fragwürdig, wenn man auf der einen Seite die Tagesstrukturen als unerlässlich erachtet, da sonst keine potentiellen Neuzuzüger nach Obersiggenthal ziehen wollen. Auf der anderen Seite muss man aber den gleichen Neuzuzügern mitteilen, dass ihre Kinder nicht in Kirchdorf

sondern in Nussbaumen in die Schule müssen. Was halten wohl diese davon? Müssen wir dann auch noch den Schulbus anschaffen?

**Elisabeth Ochsner:** Die CVP-Fraktion hat die Finanz- und Investitionspläne der Einwohnergemeinde und der Eigenwirtschaftsbetriebe diskutiert. Erfreulich ist, dass sich die Steuern weiterhin positiv entwickeln. Grosse Sorgen bereitet uns aber der Anstieg auf der Aufwandseite. Vor allem die Kosten bei der Pflege- und Spitalfinanzierung, die über eine Million gegenüber dem Budget 2011 ansteigen werden. Die Kosten beim Sachaufwand steigen im Finanzplan gegenüber dem Budget 2011 um 1.6 Millionen an. Der CVP ist bekannt, dass in den vergangenen Jahren diverse Posten hinausgeschoben wurden, die jetzt im Budget 2012 wieder erscheinen. Gemäss dem Finanzplan wird aber in den folgenden Jahren mit weiteren Kosten gerechnet. Die CVP ist der Meinung, dass der Sachaufwand für die nächsten Jahre zu pessimistisch gerechnet wurde. Wir sind der Meinung, dass eine Verbesserung der Kosten möglich ist. In den nächsten Jahren werden vermehrt grössere Investitionen getätigt; Kauf der Liegenschaft Goldiland, Sanierung des Hallen- und Gartenbades sowie die Sanierung der Folie, die Holzschnitzelheizung der Sporthalle mit 1.2 Millionen und beim Verkehr werden 2.8 Millionen investiert. In den vergangenen Jahren wurde die Sanierung des Schulhauses Kirchdorf immer wieder verschoben. Einmal waren 400'000 Franken im Finanz- und Investitionsplan eingetragen und dann wieder 4 Millionen und jetzt wurde der Betrag für eine Sanierung gänzlich aus dem Plan gestrichen. Aus Sicht der CVP ist eine Sanierung des Schulhauses Kirchdorf unumgänglich. Deshalb hat die CVP heute ein Postulat zu diesem Thema eingereicht.

Wasser und Abwasser: Die CVP hat auch diese Pläne diskutiert. Dass beim Abwasser die Gebühren erhöht werden müssen, ist schon seit längerem bekannt. Die anstehenden Investitionen, welche in den nächsten Jahren ausgeführt werden, führen zu diesen Erhöhungen der Abwassergebühren.

**Peter Marten:** Die FDP-Fraktion wurde sehr nachdenklich, als der Finanz- und Investitionsplan besprochen wurde. Es kann klar und deutlich gesehen werden, dass die Investitionen in den nächsten Jahren zu einem starken Anstieg der Verschuldung führen. Die ganze Geschichte wird nicht besser, durch die stetig wachsenden ausgehenden Beiträge die immer mehr steigen. Nicht nachvollziehbar für die FDP-Fraktion ist die Streichung der Investition in das Schulhaus Kirchdorf, welche mehrere Jahre im Finanz- und Investitionsplan vorhanden war und jetzt plötzlich gestrichen wird. Der Bericht der Fachhochschule Rapperswil lässt mit gutem Recht auch positive Schlüsse zu und nicht nur negative, da die Bandbreite der Prognosen sehr breit ist. Ein wichtiger Punkt dieses Berichtes war, wenn mehr Schüler in Kirchdorf zur Schule gehen sollen, braucht es den Neuzuzug neuer Familien. Es braucht gleichzeitig den Wegzug der älteren Bevölkerung. Das ganze wird sicher nicht gefördert, wenn man ausgerechnet das Schulhaus Kirchdorf nicht bauen würde. Wenn der Gemeinderat dadurch eine Diskussion provozieren wollte, kann ich dazu gratulieren, das ist ihm gelungen. Persönlich würde ich es aber vorziehen, wenn man sagen würde, dass man provozieren will.

**Peter Frey:** Die EVP-Fraktion hat nur zu drei Punkten etwas mitzuteilen. Wir konnten gut verstehen, welches Dilemma der Gemeinderat hat, betreffend der hohen Verschuldung. Ein Satz aus der Vorlage tönt auch sehr beschwörend, es heisst dort: Eine höhere Verschuldung als der vorliegende Finanzplan ausweist, kann der Gemeinderat nicht verantworten. Wir finden es trotzdem nicht gut, wenn die Investitionskosten für das Schulhaus Kirchdorf ganz aus dem Finanz- und Investitionsplan gestrichen werden. Kosten kommen so oder so auf die Gemeinde zu, ob nun das Schulhaus saniert wird oder ob man in Nussbaumen die Räumlichkeiten suchen muss. Wir begrüssen es, wenn man geschätzte Beiträge im Finanzplan einsetzen kann, obwohl die definitiven Berechnungen noch nicht vorliegen.

Bei der Wasserversorgung gehen wir mit dem Gemeinderat einig, dass der Verbraucher gemäss Verursacherprinzip seinen Beitrag beisteuern muss, damit die Verschuldung abgebaut werden kann. Beim Abwasser geraten wir durch die Investitionen in den nächsten Jahren in den roten Bereich und dies hat auch immer unerwünschte Zinsbelastungen zur Folge. Wir schliessen uns daher dem Vorschlag der Finanzkommission an und stimmen für die Erhöhung

von 1.80 Franken/m<sup>3</sup> anstatt auf 1.60 Franken. Wir finden eine Erhöhung um einen Franken pro m<sup>3</sup> vertretbar.

**Hans-Ulrich Schütz:** Die SP/Grünen-Fraktion hat sich auch mit dem Finanz- und Investitionsplan beschäftigt. Ich bin schon seit längerer Zeit im Einwohnerrat und habe bei den Rechnungs- und Budgetdiskussionen ein Motto festgestellt: "Sparen", das ist ja auch vernünftig. Der Gemeinderat legt einen Finanz- und Investitionsplan ohne Kirchdorf vor, welcher ein Anstieg der Nettoschulden von 13 Millionen auf 23 Millionen vorsieht. Der Gemeinderat hat sehr klar aufgezeigt, dass er Prioritäten setzen muss. Mich überrascht es, dass dies alle mit einem Achselzucken entgegennehmen. Früher hätte so etwas Stürme ausgelöst, wenn es nicht um ein sehr spezielles Thema gegangen wäre. Aber auch ohne Kirchdorf ist es ein gewaltiger Anstieg der Verschuldung. Ich glaube unter diesem Aspekt hat der Gemeinderat das gemacht, was er machen musste, nämlich Führungsaufgabe wahrnehmen. Der Gemeinderat sagte klar, wie er die Prioritäten in den nächsten vier Jahren setzen will. Zum Schulstandort Kirchdorf sagte der Gemeinderat, wenn man diese auch noch in den Finanz- und Investitionsplan integriert, dann ist er überladen. Das heisst ja noch nicht, dass das Schulhaus Kirchdorf nicht mehr diskutiert wird. Die zu diskutierende Frage ist, ob man auch bereit ist, die vier Millionen zu finanzieren. Wir sind dafür, dass der Betrag wieder in den Finanzplan aufgenommen wird. Auf der Gegenseite muss jedoch aufgezeigt werden, was dieser Betrag auf der Steuerseite ausmacht. Selbstverständlich ist es nötig, dass man die Vorteile wie auch die Nachteile des Schulstandortes Kirchdorf sauber abklärt. Für das gibt es eine Schulraumplanung, die das abklären soll. Wir plädieren dafür, dass wenn man die Vorteile für den Schulstandort Kirchdorf definiert hat, diese auch für die Bevölkerung nachvollziehbar aufzeigt. Wie gesagt, es ist kein Nein zum Standort Kirchdorf. Die Schüler von Rieden müssen auch einen langen Schulweg in Kauf nehmen, das ist aber immer noch kein Nein zum Schulhaus Kirchdorf.

**Erich Schmid:** Ich möchte nochmals erwähnen, dass die Schuldenentwicklung sicher prekär ist. Der Hauptgrund dafür liegt aber vor allem bei den Kosten, die vom Kanton diktiert werden. Ich habe kürzlich eine Säulengrafik gesehen, dort sind innerhalb von sechs Jahren die Eigenbeiträge um 4 Millionen pro Jahr gestiegen. Wir könnten das Geschenk an das Altersheim - obwohl es kein Geschenk ist, denn wir erhalten eine Gegenleistung - jedes Jahr finanzieren, wenn die Beiträge vom Kanton nicht so stark steigen würden. Ich finde es komisch, wenn wir in der Gemeinde über 5'000-Franken-Beträge diskutieren müssen und diejenigen, die die Kosten auf die Gemeinden abwälzen auch noch über eine Steuererleichterungen diskutieren. Ich hoffe, dass unsere Grossräte oder Parteien in Aarau einmal darlegen, was mit einer Steuererleichterungen auf der Stufe Gemeinde ausgelöst werden würde.

**Patrick Hehli:** Wie ich bereits am Anfang informiert habe, wird über die Finanz- und Investitionspläne nicht abgestimmt. Ich hoffe, dass der Gemeinderat die Voten betreffend Schulhaus Kirchdorf im nächsten Jahr berücksichtigt.

## 5      2011.32      Voranschlag 2012

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Linus Egger, Präsident Finanzkommission:** Linus Egger erläutert anhand von Folien das Budget 2012.

Die Steuereinnahmen sind im Vergleich zum Budget 2011 vor allem bei den Einkommens- und Vermögenssteuern um rund 1.5 Millionen und der Aktiensteuer um rund 200'000 Franken höher. Dann haben wir noch eine grössere Differenz bei den Entgelten, welche zurückzuführen sind auf höhere Kanalisationsgebühren von rund 400'000 Franken und Rückerstattungen von 300'000 Franken.

Der Posten Personalkosten enthält eine zusätzliche 40%-Stelle beim Hauswart der Sporthalle und beim Betriebsamt von rund 20%.

Beim Sachaufwand sind die grössten Posten der bauliche Unterhalt mit rund 200'000 Franken, Anschaffungen von Maschinen und Mobiliar von 50'000 Franken und das Jugendfest mit 72'000 Franken.

Bei den eigenen Beiträgen sind vor allem zu erwähnen: die Besoldung des Lehrpersonals von 346'000 Franken, das Kantonsspital mit 870'000 Franken und die materielle Hilfe von 400'000 Franken.

Die Finanzkommission hat zu verschiedenen Positionen einen Antrag gestellt. Der Steuerfuss soll bei 98% bleiben. Die Stellenprozente sollen so genehmigt werden. Bei der Detailberatung werden noch Streichungsanträge folgen.

**Patrick Hehli:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir über den Steuerfuss, die Stellenprozente und die Gebührenerhöhung erst am Schluss abstimmen werden.

—  
Es folgt die Detailberatung.

## **0 Allgemeine Verwaltung**

**André Kummer:** Seite 32, Konto 022.318.90, EDV-Programm (Software). Rund 70% der Bevölkerung bevorzugen die Rechnung in Papierform. Die SVP ist der Meinung, dass die Anschaffung des EDV-Programms nicht verhältnismässig ist. Die SVP stellt den Antrag, den Betrag von 15'000 Franken soll zu streichen.

**Ursula Haag:** Seite 33, Konto 090.315.00. Die Finanzkommission stellt den Antrag, die 5'000 Franken zu streichen, welche für die Auffrischung der Tischplatte im Gemeinderatszimmer vorgesehen sind. Wir sind der Auffassung, dass mit diesem Posten weitere Kosten anfallen könnten wie Malerarbeiten, neuer Teppich usw.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Zum Antrag betreffend E-Rechnungen: Tatsache ist, die Welt bleibt nicht stehen. Meine Eltern bzw. ich selber besaßen das gelbe Postbüchlein, das Geld wurde bei der Bank abgehoben und bei der Post einbezahlt. In der Zwischenzeit gibt es LSV und E-Banking und die nächste Generation ist die E-Rechnung. An der Sitzung mit der Finanzkommission wurde erläutert, dass in der jetzigen Situation der Aufwand noch etwas grösser ist. Wir sind aber überzeugt, dass die E-Rechnungen zunehmen werden und dass wir in den kommenden Jahren weniger Aufwand haben werden. Die Fehlerquelle bei dieser Zahlungsart ist kleiner und deshalb sind wir der Auffassung, dass dies eine gute Anschaffung ist.

Über den Gemeinderatstisch lässt sich diskutieren. Er ist jetzt rund 25 Jahre alt, ist ziemlich abgenutzt und hat viele Flecken. Ich möchte zu Hause an einem solchen Tisch keine Gäste empfangen. Der Gemeinderat hat viele Gäste an diesem Tisch und hat sich aus diesem Grund entschlossen, diesen Betrag ins Budget 2012 aufzunehmen. Mit diesem Betrag wird wirklich nichts anderes gemacht, als die Tischplatte renoviert. Der Teppich bleibt weiterhin im Gemeinderatszimmer bestehen. Wir bitten Sie, den Betrag nicht zu streichen.

## **Abstimmungen**

**Antrag der SVP um Streichung von 15'000 Franken für das EDV-Programm (Softwarekauf), Konto 022.318.90.**

Der Antrag der SVP wird mit 12 Ja- zu 26 Nein-Stimmen **abgelehnt**.



---

**Antrag der Finanzkommission um Streichung von 5'000 Franken für die Auffrischung der Tische im Gemeinderatszimmer, Konto 090.315.00.**

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 14 Ja- zu 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**.

---

**1 Öffentliche Sicherheit**

Keine Wortmeldungen.

---

**2 Bildung**

Keine Wortmeldungen.

---

**3 Kultur, Freizeit**

**Michael Hodel:** Seite 44, Konto 300.365.00, im Namen der Finanzkommission beantragen wir die Streichung von 2'000 Franken für den Dramatischen Verein. Dieser Betrag soll dafür der Kulturkommission als Kompetenzsumme übertragen werden, Konto 300.300.00. Somit wird nicht ein einzelner Verein bevorzugt und trotzdem bleibt der Betrag im Kulturbereich. Der zweite Antrag betrifft 3'000 Franken für das Aargauische Symphonie-Orchester, Konto 300.365.00. Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde Obersiggenthal ein solches Orchester zu unterstützen. Dieses Orchester wird unter anderem vom Kanton und der Neuen Aargauer Bank finanziert. Es wird beantragt, die 3'000 Franken für das Symphonie-Orchester zu streichen.

**Reto Hehli:** Die SVP-Fraktion stellt einen Antrag, im Konto 300.365.00. Der Beitrag an die Stadtbibliothek Baden soll auf 20'000 Franken gekürzt werden. In der Gemeinde Obersiggenthal gibt es eine sehr gute Bibliothek. Die Stadtbibliothek Baden hat anscheinend so viel Geld, dass sie noch das öffentliche WLAN finanzieren können. Zudem hat sich die Gesellschaft in den letzten Jahren geändert, wodurch immer mehr im Internet recherchiert wird und der Gang in die Bibliothek abnimmt. Die Arbeitsgruppe Finanzen hat bereits im Jahre 2009 vorgeschlagen, den Betrag an die Stadtbibliothek zu kürzen.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Zum ersten Antrag betrifft das Aargauische Symphonie-Orchester. An der Finanzkommissionssitzung wurde der Gemeinderat gefragt, was der Gegenwert einer Unterstützung des Orchesters ist. Die Frage kann im kulturellen Bereich generell gestellt werden. Was für einen Gegenwert haben wir, wenn wir den Kindern einen Musikunterricht ermöglichen? Was ist der Gegenwert, wenn wir eine Dorfbibliothek unterstützen? Unser Leben besteht nicht nur aus Arbeiten, Schlafen und Essen, der Kulturbereich ist für unser Gemüt sehr wichtig. Das Aargauische Symphonie-Orchester hatte es in den letzten Jahren nicht einfach. Wir sind der Auffassung, dass die Gemeinde für den kulturellen Bereich die 3'000 Franken spenden kann.

Betreffend Stadtbibliothek, machen wir eine andere Erfahrung. Es gehen immer mehr Personen in die Bibliothek. Unsere Kinder und Jugendlichen nutzen die Dorfbibliothek sehr viel. Irgendwann gibt es aber einen Wechsel und diese Personen gehen in die Stadtbibliothek nach Baden. Die Stadtbibliothek Baden macht Statistiken, wie viele Personen von welcher Gemeinde Bücher ausleihen. Diese Berichte geben sie dem Gemeinderat ab und weisen aus,

welcher Betrag effektiv anfallen würde. Der Betrag im Budget würde nicht ausreichen, wenn wir kostendeckend abrechnen müssten. Wir bitten Sie, den Betrag für die Stadtbibliothek Baden nicht zu streichen.

**Ueli Zulauf:** Ich glaube, der Antrag der SVP betreffend dem Beitrag an die Stadtbibliothek Baden hatten wir schon mehrfach besprochen. Die Benützungszahlen der Obersiggenthaler Bevölkerung sind ausgewiesen und wir zahlen nur die Hälfte der Vollkosten, welche unsere Bürger in Baden auslösen. Im Gegensatz zum Symphonie-Orchester ist hier der Gegenwert ausgewiesen. Ich bin aber auch der Meinung wie Max Läng, dass im kulturellen Bereich nicht immer ein Gegenwert ersichtlich sein muss. Die Gemeinde Obersiggenthal kann sich die 3'000 Franken leisten für ein ausgezeichnetes Kulturprojekt. Zuletzt möchte ich mich auch noch einsetzen für den Dramatischen Verein. Er ist ein anerkannter Verein, welcher Theater macht und dieser darf, wie alle anderen Vereine unterstützt werden.

**Josef Sieber:** Betreffend der Diskussion Stadtbibliothek, wäre es wünschenswert, wenn diese Zahlen dem Einwohnerrat mitgeteilt würden.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Im Rechenschaftsbericht wird diese Zahl festgehalten.

**Josef Sieber:** Generell zur Kulturförderung, ich bin überhaupt nicht dafür, dass wir im Bereich Kultur Kürzungen vornehmen müssen. Aber wenn ich dieses Budget anschau, nimmt es im Bereich Kultur überproportional zu. Die Kulturkommission hat 35'000 Franken zur Verfügung, welche frei verteilt werden können. Wieso müssen trotzdem noch Extraposten im Budget aufgenommen werden? Ich bin der Meinung, dass man das Aargauische Symphonie-Orchester unterstützen soll, aber dies ist Aufgabe der Kulturkommission mit ihren 35'000 Franken.

---

## Abstimmungen

**Antrag der Finanzkommission: Betrifft Konto 300.365.00 und 300.300.00. Der Beitrag von 2'000 Franken für den Dramatischen Verein sei zu streichen und dafür soll die Kompetenzsumme der Kulturkommission (300.318.92) um diesen Betrag erhöht werden.**

**Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen:** Rein technisch gesehen müsste es ins Konto 300.318.92, wenn die Kulturkommission es selber verteilen darf.

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 23 Ja- zu 13 Neinstimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**.

---

**Antrag der Finanzkommission: Konto 300.365.00, Betrag von 3'000 Franken für das Aargauische Symphonie-Orchester soll gestrichen werden.**

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 17 Ja- zu 18 Neinstimmen und 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

---

**Antrag der SVP: Konto 300.365.00, der Betrag an die Stadtbibliothek Baden soll auf 20'000 Franken gekürzt werden.**

Der Antrag der SVP wird mit 11 Ja- zu 27 Neinstimmen **abgelehnt**.

---

## 4 Gesundheit, Sport

Keine Wortmeldungen.

---

## 5 Soziale Wohlfahrt

**Marcel Müller:** Seite 51, Konto 581.366.01, die SVP-Fraktion hat eine Anfrage betreffend dem Begriff Zunahme der Sozialhilfebeziehenden bedingt durch Zuwanderung und Personenfreizügigkeit. Wir stellen uns die Frage, ob die Gemeinde bereits Auswirkungen spürt und was man darunter genau verstehen muss?

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Damit sind nicht die Zuwanderer gemeint, welche in die Schweiz kommen und dann nicht arbeiten, sondern solche, welche eine Arbeitsstelle haben, diese aber sehr schnell verlieren. Sobald diese Personen in unserem System erfasst sind, aber noch nicht genügend lange in die Arbeitslosenkasse einbezahlt haben, kommen sie direkt in die Sozialhilfe.

**Marcel Müller:** Kann man somit sagen, diese Personen arbeiten 2-3 Monate hier und werden danach arbeitslos und fallen dadurch in die Sozialhilfe? Gibt es in der Gemeinde Zahlen, wie viele davon betroffen sind?

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Ich kann es nicht auswendig sagen, aber diese Personen werden laufend erfasst.

**Marcel Müller:** Der Voranschlag ist in diesem Posten 400'000 Franken höher als im letzten Budget, das ist ein hoher Betrag für die Gemeinde. Es interessiert uns natürlich, ob es sich um Personen handelt, die hier aufgewachsen sind und dann in die Sozialhilfe fallen oder ob es sich um Zuwanderer handelt, die infolge Freizügigkeitsabkommen einwandern?

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Das kann ich so nicht bestätigen. Es hat ungefähr gleichviel Schweizer wie Ausländer in der Sozialhilfe. Was sicher Auswirkungen hat, sind die strengeren Auflagen der IV und die Kürzung der Arbeitslosenkassengelder.

**Marcel Müller:** Erhält der Einwohnerrat einmal eine Statistik über die Entwicklung der Sozialhilfe?

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Im Rechenschaftsbericht sind die Fallzahlen ausgewiesen.

**Hans-Ulrich Schütz:** Wenn der Gemeinderat schon Erhebungen durchführt, sollte auch beachtet werden, welche Branchen betroffen sind. Es kommt niemand in die Schweiz, wenn er nicht einen Job hat. Es wäre noch interessant zu wissen, welche Branchen diese Personen in die Schweiz holen und danach entlassen.

**Linus Egger:** Die Frage ist sicher berechtigt, aber dann muss auch gleichzeitig mit dem Konto Rückerstattungen verglichen werden. Dort sieht man, dass dieses Konto etwa 300'000 Franken höher ist als im Vorjahr. So ist noch ein Mehrbetrag von 100'000 Franken vorhanden.

**Ueli Zulauf:** Ich habe noch eine Frage zum Konto 581.366.03, hier wird der Begriff Flüchtling und Asylsuchende verwendet, was ist der Unterschied? Was wird durch die Betreuung der Caritas abgedeckt?

**Anton Meier, Gemeindeschreiber:** Anerkannte Flüchtlinge werden diejenigen genannt, bei denen das Asylverfahren abgeschlossen ist und nun als Flüchtlinge anerkannt sind. Dann werden Sie ins Sozialsystem aufgenommen. Diese werden betreut durch die Caritas. Die Asylbewerber werden vom kantonalen Sozialdienst betreut. Solange das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, sind es Asylbewerber.

---

## 6 Verkehr

**Christian Bossard:** Seite 53, Konto 620.311.00, namens der Finanzkommission stelle ich den Antrag, den Betrag für die Leucht-Geschwindigkeitsanlage von 4'000 Franken zu streichen. Grundsätzlich befürwortet die Kommission den Einsatz eines solchen Gerätes, befürchtet aber, einerseits einen gewissen Abnutzungseffekt und andererseits erachtet sie die Vorteile einer temporären Beschaffung als wesentlich effektiver.

**Willi Graf:** Hat die Finanzkommission abgeklärt, wie teuer die Miete für ein solches Gerät wäre?

**Max Läng, Gemeindeammann:** Der Antrag kam aus der Verkehrskommission. Wir haben festgestellt, dass in den 30-Zonen häufig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Speziell in dieser Zone ist die Geschwindigkeit nicht der Geschwindigkeitsbeschränkung angepasst. Dies zeigt sich spätestens beim Erhalt der Busse. Die Verkehrskommission sieht es als Unterstützung für den Autofahrer, da er dann sieht, wie schnell er unterwegs ist. Das Gerät kann man auch mieten, was mit Kosten von rund 200-300 Franken und zusätzlichem administrativen Aufwand verbunden ist.

**Peter Marten:** Als Mitglied der Finanzkommission bin ich froh, dass ich jetzt mehr Informationen erhalte als an der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat.

---

## Abstimmung

**Antrag der Finanzkommission: Konto 620.311.00, der Beitrag von 4'000 Franken für die Beschaffung einer Leucht-Geschwindigkeitsanzeige soll gestrichen werden.**

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 16 Ja- zu 20 Neinstimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

---

## 7 Umwelt, Raumordnung

**Christian Bossard:** Die Abwassergebühren sind hier enthalten. Werden diese jetzt behandelt oder kommt dieser Antrag am Ende?

**Patrick Hehli:** Dieser Antrag kommt erst bei der Schlussabstimmung.

---

## 8 Volkswirtschaft

**Michael Weber:** Seite 59, Konto 830.318.70, in diesem Konto sind 29'000 Franken enthalten für die OBSIGA. Ich stelle den Antrag, eine Position in der Aufstellung zu verschieben. Für den Altersnachmittag ist ein Betrag von 5'000 Franken enthalten. Das Gesamtbudget der OBSIGA liegt zwischen 600'000 und 650'000 Franken. Wir haben stillschweigend 79'000 Franken bewilligt für das Jugend- und Dorffest. Die OBSIGA ist auch ein Dorffest und aus diesem Grund bin ich der Meinung, der Beitrag von 5'000 Franken soll auf 10'000 Franken erhöht werden. Der Betrag von 29'000 Franken bleibt bestehen, die Kosten von 12'000 Franken für den Baudienst wird gekürzt. Ein solcher Betrag war bei den letzten beiden OBSIGAs nicht eingesetzt worden. Aus diesem Grund kann der Betrag auf 7'000 Franken gekürzt werden und die 5'000 Franken können dem Altersnachmittag gutgeschrieben werden.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Über diese Erhöhung kann man diskutieren. Wir können aber nicht einfach die 12'000 Franken beim Baudienst kürzen, da es sich um Aufwendungen handelt, die der Baudienst effektiv leistet und diese werden intern verrechnet.

**Michael Weber:** Die 12'000 Franken hat die Gemeinde ausgegeben?

**Max Läng, Gemeindeammann:** Das sind Stunden die der Baudienst für die OBSIGA leistet und diese werden intern verrechnet.

**Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen:** Ergänzend kann erwähnt werden, dass der Baudienst Rapporte führt, auf welchen ersichtlich ist, für was wie viele Stunden investiert wurde.

**Michael Weber:** Wenn im Budget ein Betrag eingesetzt wird, dann dürfte der Baudienst gar nicht mehr leisten als bis zu diesem Betrag?

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ja, dem ist so.

**Patrick Hehli:** Der Antrag zum Konto 830.318.70 OBSIGA heisst, der Beitrag zur Durchführung des Altersnachmittags ist von 5'000 auf 10'000 Franken zu erhöhen.

**André Roth:** Ich bin der Präsident des Gewerbevereins Obersiggenthal und ich möchte euch bitten den Antrag von Michael Weber zu unterstützen.

**Ueli Zulauf:** Ich habe meine Zweifel ob es überhaupt möglich ist, über diesen Antrag abzustimmen? Wir stimmen über den Budgetbetrag von 29'000 Franken ab. Wie dieser Betrag verteilt wird, ist nicht Gegenstand der Beratung.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Diese Abstimmung kann man schon durchführen, wenn man sich auf die Erhöhung beschränkt. Es kann aber nicht sein, dass dieser Betrag irgendwo eingespart werden muss. Der Einwohnerrat muss entscheiden, wie hoch der Betrag für die OBSIGA sein soll. Es darf nicht sein, dass jetzt die zwei Themen Alter und Junge gegeneinander ausgespielt werden.

**Hans-Ulrich Schütz:** Die logische Konsequenz dieses Antrags wäre den Betrag von 29'000 auf 34'000 Franken zu erhöhen. Der Baudienst kann ja nicht gratis arbeiten für die OBSIGA. Der Antrag sollte korrekt heissen: Erhöhung des Kontos 830.318.90 von 29'000 auf 34'000 Franken.

**Michael Weber:** Der Altersnachmittag ist mit dem Beitrag der Gemeinde nicht gedeckt, der Restbetrag übernimmt das Gewerbe.

**Erich Schmid:** Was kostet der Altersnachmittag?

**Michael Weber:** Zwischen 15'000 und 17'000 Franken.

**Hans-Ulrich Schütz:** Ich stelle den Antrag, dass das Konto 830.318.70 auf 34'000 Franken erhöht wird.

**Michael Weber:** Ich ziehe meinen Antrag zurück.

**Bossard Christian:** Im Namen der Finanzkommission habe ich noch einen anderen Antrag. Konto 830.311.00, für die Beschaffung von zwei neuen Plakatständern ist ein Betrag von 9'000 Franken budgetiert. Dieser Betrag soll aus dem Budget gestrichen werden.

---

## Abstimmungen

**Antrag von Hans-Ulrich Schütz:** Der Posten 830.318.70, wird um den Beitrag von 5'000 Franken zu Gunsten des Altersnachmittags an der OBSIGA von 29'000 auf 34'000 Franken erhöht.

Der Antrag von Hans-Ulrich Schütz wird mit 27 Ja- zu 6 Neinstimmen und 5 Enthaltungen **angenommen**.

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Konto 830.311.00, der Betrag von 9'000 Franken für die Beschaffung von zwei neuen Plakatständern, soll gestrichen werden.**

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 32 Ja- zu 5 Neinstimmen und 1 Enthaltung **angenommen**.

\_\_\_\_\_

## 9 Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### Allgemeine Voten zum Budget

**Christian Bossard:** Es kann davon ausgegangen werden, dass die Abwassergebühren bei einer Erhöhung von 0.80 Franken/m<sup>3</sup> auf 1.60 Franken/m<sup>3</sup> in den nächsten Jahren nochmals erhöht werden müssen. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass aus finanzieller Sicht die Erhöhung in einem Schritt auf 1.80/m<sup>3</sup> besser wäre. Die Finanzkommission stellt folgenden Antrag: Der Antrag des Gemeinderates die Abwassergebühren von 0.80 Franken/m<sup>3</sup> auf 1.60/m<sup>3</sup> zu erhöhen soll abgelehnt werden, dafür soll dem Antrag der Finanzkommission, die Gebühren auf 1.80/m<sup>3</sup> zu erhöhen, zugestimmt werden.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Zu den gesetzlichen Aufgaben der Gemeinde gehört die korrekte Entsorgung des anfallenden Abwassers, was im generellen Entwässerungsplan (GEP) geregelt ist. Der generelle Entwässerungsplan ist in diesem Jahr von der Abteilung Umwelt genehmigt worden. Die darin vorgesehenen Massnahmen müssen verbindlich umgesetzt werden. Um das verschmutzte Wasser aus dem gesamten Gemeindegebiet zu sammeln und der Reinigung zuzuführen, sind in den vergangenen 100 Jahren ein weit verzweigtes Kanalisationsnetz und zahlreiche Sonderbauwerke erstellt worden. Bei der Überarbeitung des GEP wurden die Anlagen auf die Funktionalität geprüft. Anlagen, die nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften betreffend Umwelt, Boden und Grundwasserschutz entsprechen, müssen saniert werden. Da diese Massnahmen mit erheblichen Kosten verbunden sind, sind im Finanz- und Investitionsplan schon seit Jahren entsprechende Beträge vorgesehen. Die hohen Investitionen lassen sich gemäss Finanzplan mit einer Gebührenerhöhung auf 1.60 Franken/m<sup>3</sup> nicht ganz finanzieren. Der Gemeinderat erachtet die vorgesehene Preiserhöhung jedoch aus folgenden Gründen als angemessen: Der Eigenwirtschaftsbetrieb hat zurzeit noch ein namhaftes Guthaben zur Verfügung. Die langfristige Planung der vorgesehenen Investitionen enthält noch ziemlich viele Unsicherheiten. Ein weiterer Punkt ist, dass die Gemeinde keine Gebühren auf Vorrat erheben darf. Wenn sich in einigen Jahren zeigt, dass Anpassungen gemacht werden müssen, dann behält sich der Gemeinderat vor, die Gebühren im Einwohnerrat nochmals zu diskutieren. Wir bitten den Einwohnerrat, dem Antrag des Gemeinderates, die Gebühren auf 1.60/m<sup>3</sup> zu erhöhen, zu folgen.

**Willi Graf:** Die CVP-Fraktion hat an Ihrer Fraktionssitzung den Voranschlag 2012 eingehend diskutiert. Der Beibehaltung des Steuerfusses bei 98% und der Erhöhung der Pensen um plus 60% können wir einstimmig zustimmen. Die Lohnanpassungen von 1.6% plus 0.4% strukturelle Anpassungen findet die CVP in der heutigen Zeit zu grosszügig bemessen und stimmt dem Antrag der Fiko auf 1.5% (inkl. struktureller Anpassungen) mehrheitlich zu. Auf die weiteren Anträge gehe ich jetzt nicht weiter ein.

Das Budget 2012 sieht einen Ertragsüberschuss von rund 3 Millionen vor. Es können zusätzliche Abschreibungen von rund 1.3 Millionen getätigt werden. Durch Investitionen wie das AWZ

Gässliacker, die Spital- und Pflegefinanzierung und die Tagesstrukturen von ca. 9.2 Millionen, steigt die Verschuldung wieder markant an. Es ist also trotz dieser momentan erfreulichen Schuldenentwicklung kein Grund für Freudentänze. Wir sind noch lange nicht über dem Berg und zum Legislaturziel des Gemeinderates: "Verschuldung unter 12 Millionen" ist noch ein langer Weg, wenn es nicht schon unmöglich ist.

Bei den Steuereinnahmen fallen vor allem die ausserordentlichen Einnahmen von einer Million über die nächsten drei Jahre positiv ins Auge. Was wäre, wenn diese plötzlich fehlen? Wie sieht das Budget ohne diese zusätzliche Million aus?

Sorgen machen der CVP die stetig steigenden Sachaufwände, besonders die Kostenentwicklung des baulichen Unterhalts. Aber auch die Entwicklung der eigenen Beiträge, ist für die Gemeinde eine weitere, immer stärker wachsende Last. Am auffälligsten sind hier die Kosten vom Kanton. Wir stellen wieder einmal fest, dass immer mehr Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden. Alles in allem liegt ein gutes Budget vor. Trotzdem muss allen klar sein, dass die finanzielle Situation der Gemeinde Obersiggenthal nicht auf Rosen gebettet ist. In Zukunft braucht es weiter eine gute, mit unnötigen Investitionen zurückhaltende Finanzpolitik. Wir danken dem Gemeinderat und der Finanzkommission für ihre gute Arbeit. Die CVP stimmt dem vorliegenden Voranschlag 2012 zu.

**Stefan Semela:** Die FDP-Fraktion kann das Budget 2012 mit den Änderungsanträgen mehrheitlich gutheissen. Erfreulich sind die prognostizierten Steuermehreinnahmen. Weniger erfreulich und Grund zur Sorge sind die jedes Jahr markant steigenden und von der Gemeinde nicht beeinflussbaren eigenen Beiträge. Deren gesamte Steigerung im Budget 2012 um 12%, d. h. absolut um 1.65 Millionen auf 15 Millionen ist hoch. Heraus sticht dabei die Steigerung Betriebsdefizit Kantonsspital um 67% resp. um rund 870'000 Franken. Zusammen mit den anstehenden Investitionen der nächsten Jahre ist bereits heute klar, dass grosse finanzpolitische Herausforderungen anstehen und Weichen und Prioritäten in naher Zukunft richtig gestellt und gesetzt werden müssen.

**Hans-Ulrich Schütz:** Auch wir sind mit dem Budget, so wie es dem Einwohnerrat präsentiert wurde und wie es sich jetzt durch die Voten ergeben hat, einverstanden. Zu den steigenden Kosten von Aarau ist zu sagen, dass in den letzten 15 Jahren auf Bundes- und Kantonebene Steuerfussenkungen vorgenommen wurden inkl. der letzten Unternehmenssteuerreform, welche Milliardenausfälle mit sich bringt. Es ist logisch, dass wenn die Mittel auf Bundesebene immer knapper gesetzt werden, mehr Kosten auf den Kanton und die Gemeinde zukommen. Die Gemeinden leiden jetzt unter der Politik, welche an anderen Orten verursacht wird. Das müssen wir vor Augen haben, wenn wir jetzt einfach über den Kanton schimpfen.

---

## **Abstimmung**

**Der Voranschlag 2012 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 98 % wird einstimmig genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

---

**Die Summe der Stellenprozente gemäss Stellenplan wird einstimmig genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

---

**Der Gemeinderat beantragt die Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m3 gemessenen Wasserverbrauch (Wasserversorgung) von Fr. 2.00.**

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 37 Ja- zu 1 Neinstimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Der Antrag des Gemeinderates (Erhöhung der Abwassergebühren von 0.80 auf 1.60 Franken) sei abzulehnen. Dem Vorschlag der Finanzkommission, Erhöhung der Abwassergebühren von 0.80 auf 1.80 Franken, sei zuzustimmen.**

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 21 Ja- zu 17 Neinstimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

\_\_\_\_\_

**6      2011.33      Auflösung des Verkehrsverbandes Aargau Ost (VAO)**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

Keine Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

**Abstimmung**

**Der Auflösung des Verkehrsverbands Aargau Ost (VAO) per 31. Dezember 2011 wird einstimmig zugestimmt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

\_\_\_\_\_

**7      2011.34      Motion Grüne vom 1. September 2011 betreffend Wiedereinführung des Energiestadt-Labels. Der Gemeinderat ist nicht bereit die Motion entgegenzunehmen (schriftliche Begründung)**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Christian Keller:** In der Stellungnahme des Gemeinderates zu unserer Motion kommt die "Hüst- und Hott-Politik" vor. Seit die Gemeinde Obersiggenthal entschieden hat, das Energiestadt-Label abzugeben ist in Fukushima das Kernkraftwerk beschädigt worden und das hat unter anderem auch die eidgenössische Energiepolitik auf den Kopf gestellt. In Bern wurde der Atomausstieg entschieden, was uns eine Energiewende bescheren wird. Der schweizerische Gemeindeverband nahm Stellung zur Energieentwicklung und empfiehlt seinen Mitgliedern, sich am Programm Schweiz und am Energiestadt-Label zu orientieren. Das Energiestadt-Label ist ein Mittel, um einen gewissen Druck aufzusetzen. Es ist eine Selbstverpflichtung der Gemeinden, sich im Bereich Energieeffizienz Ziele zu setzen und diese auch zu verfolgen. Wir sind der Meinung, dass die hohen Kosten von 2'000 Franken pro Jahr sehr gerechtfertigt sind. Heute Abend wurden ohne Wimpernzucken Millionen für die Strassen genehmigt. Vor nicht all zu langer Zeit wurden neue Trefferanzeigen im Schiessstand Ebne für rund 250'000 Franken bewilligt. In unserer Motion geht es um 2'000 Franken, die gut angelegt sind. Mit Blick in die Zukunft und mit den Veränderungen, die uns bevorstehen, wird das Geld an einem falschen Ort ge-



spart. Es ist nicht verwunderlich, dass der Betrag von 2'000 Franken für diejenigen, die beim Energiestadt-Label nur ein Blechschild sehen, das die Gemeinde an der Hausmauer befestigen kann, viel Geld ist. Das Energiestadt-Label ist aber mehr als nur ein Blechschild, es ist eine Verpflichtung, die man sich selber gibt. Es gibt die Gewissheit, dass man nicht alleine in diesem Boot sitzt, sondern mit anderen Gemeinden in die gleiche Richtung rudert. Wir bitten Sie, den Vorstoss zu unterstützen und ihn an den Gemeinderat zu überweisen.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Inhaltlich nehme ich keine Stellung mehr zu diesem Geschäft, dies wurde bereits bei der Streichung begründet. Es geht noch um eine Aussage von Herrn Keller, der sagt, es gehe um 2'000 Franken. Die jährlichen Reaudits sind 2'000 Franken, das stimmt. Das erste sowie jedes vierte Jahr beträgt das Reaudit aber 6'000 Franken.

**André Kummer:** Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde bestrebt ist, auch ohne Energiestadt-Label Energie zu sparen. Die Beträge, die für den Papierkrieg anfallen würden, können sinnvoller investiert werden.

---

### **Abstimmung**

**Die Motion der Grünen Obersiggenthal vom 1. September 2011 betreffend Wiedereinführung des Energiestadt-Labels wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.**

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 28 Ja- zu 8 Neinstimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**.

---

### **8      2011.35      Anfrage von Christian Keller zur Haltung des Gemeinderates zu einem Atommüll-Endlager in der Region / Beantwortung (mündlich)**

**Max Läng, Gemeindeammann:** Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen ist in der Schweiz auf Stufe Bund gesetzlich geregelt. Die Standortsuche eines Tiefenlagers wird im Sachplan des Bundes festgeschrieben. Das Verfahren garantiert eine umfassende Koordination von allen raumwirksamen Sachverhalte und gewährleistet gleichzeitig auch die frühzeitige Einbindung der Kantone und Gemeinden. Die Bevölkerung und die interessierten Organisationen werden umfassend informiert und bekommen die Gelegenheit mitzuwirken. Die Gemeinde Obersiggenthal ist geografisch nicht direkt betroffen, dies im Gegensatz zum Gebiet Bötzingen oder der Lägern. Dort wurden Partizipationsorganisationen gegründet, die sich einbringen. Obersiggenthal ist in dieses Verfahren nicht eingebunden. Mit dem Sachplan des Bundes wird sichergestellt, dass der beste und sicherste Standort gewählt wird. Über den definitiven Standort werden das Parlament und der Bundesrat entscheiden. Das Volk wird in einer Volksabstimmung ebenfalls noch befragt.

Da die Gemeinde Obersiggenthal nicht direkt betroffen ist, gibt es keinen Anlass, dass der Gemeinderat bei der Partizipationsorganisation vertreten ist.

Ebenso erübrigt sich eine Meinungsabstimmung in der Gemeinde durchzuführen.

**Christian Keller:** Ich möchte mich für die Beantwortung bedanken. Grundsätzlich möchte ich erwähnen, dass die Grünen immer hinter dem Grundsatz gestanden sind, dass der Abfall, der verursacht wird, im eigenen Land entsorgt werden muss. Da es im Aargau im Gegensatz zu anderen Kantonen am wenigsten Widerstand gegen das Tiefenlager gibt, finden wir es wichtig, dass sich die Gemeinden einsetzen soweit es möglich ist, dass auch andere Standorte geprüft werden.

**9 2011.36 Umfrage**

**Willi Graf:** Im Budget ist mir aufgefallen, dass die OBSIGA und das Jugend- und Dorffest im gleichen Jahr stattfindet. Ist es nicht sinnvoller, wenn diese in unterschiedlichen Jahren stattfinden würden?

**Hansruedi Hess, Vizeammann:** Das Jugendfest findet alle vier Jahre statt und die OBSIGA alle fünf Jahre, aus diesem Grund fällt es nicht mehr so schnell ins gleiche Jahr.

Ich darf noch eine positive Rückmeldung geben betreffend First Respondergruppe. Gemäss Feuerwehrkommandant wurde sicher in einem Fall das Leben gerettet, weil die Einsatzgruppe so rasch am Einsatzort war.

**Patrick Hehli:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Treffpunkt ist im Restaurant Neuhaus, Nussbaumen.

Der Präsident:

Patrick Hehli

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler